

Ressort: Politik

Wehrbeschaffungsamt wütend auf von der Leyen

Berlin, 17.02.2018, 12:58 Uhr

GDN - Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) steht wegen ihrer Reformpläne für den Rüstungsbereich unter Feuer aus der eigenen Truppe. Der Personalrat des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr wirft der Ministerin in einem Brandbrief vor, sie habe durch den Koalitionsvertrag "große Irritationen, Sorgen und Existenzängste" unter den 6.000 Beschäftigten des Wehrbeschaffungsamts ausgelöst.

Der "Spiegel" berichtet darüber. Die Behörde organisiert den gesamten Einkauf der Bundeswehr. Union und SPD hatten vereinbart, dass die "Rahmenbedingungen des Rüstungswesens" angepasst und die Arbeit des Amts evaluiert werden sollen. Die Personalvertreter fürchten eine Teilprivatisierung der Koblenzer Behörde, eines großen Arbeitgebers in Rheinland-Pfalz. Von der Leyen und ihre Rüstungsstaatssekretärin liebäugeln laut des Berichts damit, große Rüstungsprojekte von externen Unternehmensberatern planen und steuern zu lassen. Die Beamten fordern die Ministerin auf, sich einer außerordentlichen Personalversammlung zu stellen. Durch "ständige Veränderungen in der Struktur" werde sich keine "Qualitätssteigerung in der Beschaffung von Rüstungsgütern erzielen lassen".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-102255/wehrbeschaffungsamt-wuetend-auf-von-der-leyen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619